

Niederschrift

zur 42. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Fürstenwalde/Spree (Wahlzeit 2008/2014)

Sitzungsdatum	Sitzungsdauer	Sitzungsort
Donnerstag, den 26.09.2013	19:00- 22:35 Uhr	Festsaal des Alten Rathauses

Anwesenheit

Fraktionsloser Abgeordneter

Lothar Nachtigall ,

Vorsitz

Jürgen Teichmann ,

Fraktion DIE LINKE.

Rene Benz , Monika Fiedler , Martin Gollmer , Jürgen Grasnick , Fred-Hagen Grünewald , Helga Juraschek , Maria Meinl , Käthe Radom , Gerold Sachse , Stephan Wende ab 19.24 Uhr,

CDU-Fraktion

Rolf Hilke , Jens Hoffrichter , Uwe Koch , Wolfgang Petenati ,

SPD-Fraktion

Elisabeth Alter ab 19.15 Uhr, Klaus Hemmerling , Ines Jeske , Jürgen Luban , Klaus Runge , Roland Schulze ab 19.10 Uhr, Elke Wagner ,

FDP-Fraktion

Heiner Buzziol , Lothar Hoffrichter , Lutz König , Reinhard Ksink , Petra Schumann ,

Bündnis 90/Die Grünen

Peter-Frank Apitz , Jens-Olaf Zänker ,

Bürgermeister

Hans-Ulrich Hengst ,

Verwaltung

Dr. Eckhard Fehse , Franka Koch , Christfried Tschepe , Dr. Ingo Wetter ,

Gäste

Herr Becker, Herr Fischer, Herr Giesau, Frau Leschinsky, Herr Dippe, Einwohnerinnen und Einwohner

Abwesend

SPD-Fraktion

Helga Bluschke entschuldigt,

FDP-Fraktion

Eberhard Henkel entschuldigt,

TOP 1 Eröffnung der Sitzung

Der Vorsitzende begrüßt die Anwesenden und eröffnet die 42. Sitzung der STVV.

TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Anwesenheit

Der Vorsitzende stellt die ordnungsgemäße Ladung und Anwesenheit fest. Es sind 30 Stadtverordnete und der Bürgermeister anwesend.

TOP 3 Feststellung der Tagesordnung

Die Fraktion DIE LINKE beantragt, die Tagesordnung gemäß § 35 Abs. 2 Kommunalverfassung zu erweitern. Inhalt des Antrages ist die Beendigung der Verhandlungen mit dem Landkreis Oder-Spree wegen des Trägerwechsels für die Oberschulen. Eine Eilbedürftigkeit wird damit begründet, dass im Hinblick auf das kommende Haushaltsjahr für Stadt, Kreis und Schulen Planungssicherheit erforderlich ist.

Der Antrag wird mit **7 Gegenstimmen und 1 Enthaltung mehrheitlich** als TOP 8.5. auf die Tagesordnung gesetzt.

Zustimmung mit Änderung Ja 30 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

TOP 4 Bestätigung der Niederschrift der 41. Sitzung vom 15.08.2013

Zustimmung Ja 29 Nein 0 Enthaltung 1 Befangen 0

TOP 5 Informationen des Vorsitzenden

Der Vorsitzende informiert über das Ergebnis der Bürgerumfrage zur Domstadt Ja oder Nein. 13.500 Einwohnerinnen und Einwohner haben sich daran beteiligt. Für eine Domstadtbenennung haben sich 8.647 Befragte ausgesprochen. 4.637 waren dagegen. 216 Stimmzettel waren ungültig.

TOP 6 Informationen des Bürgermeisters

Der Bürgermeister lässt nachfolgende Termine Revue passieren:

- 24.08.2013 Ein Wochenende zum und im Wald – Kinder- und Jugendinfomesse und Rock für den Wald
- 25.08.2013 4. Fürstenwalder Waldfest
- 30.08.2013 Sommerfest der Region @see
- 01.09.2013 121. Samariterfest
- 01.09.2013 12. Friedensfest der Kulturen – bunte Signale für Toleranz erstmals in Fürstenwalde Nord
- 01.09.2013 Radscharmützel
- 04.09.2013 5 Jahre Mehrgenerationenhaus an der Kita Buratino in Fürstenwalde Nord
- Preisverleihung im Rahmen des 4. Sommerleseclubs in der Bibliothek mit dieser Aktion soll die Lesekompetenz verbessert und junge Leserinnen und Leser langfristig an unsere Bibliothek gebunden werden
- 05.09.2013 Einweihung der Kersdorfer Schleuse
- 08.09.2013 Tag des offenen Denkmals
- 10.09.2013 2. Freiwilligenbörse
- 18.09.2013 12. Handwerker- und Bauernmarkt
- 12.-18.09.13 Interkulturelle Filmwoche im Filmtheater UNION – Dank an Kinobetreiber Michael Güll, der immer wieder wichtige zivilgesellschaftliche Vorhaben unterstützt
- 18.09.2013 Fürstenwalder SPD feiert 120jähriges Jubiläum
- 22.09.2013 Bundestagswahl

- schon am 13.09. wählten junge Leute bei der U18-Wahl
Umfrageergebnis zur Domstadt Fürstenwalde mit rd. 65 % Dafür
Delegation aus Shanghai zur Gast in Fürstenwalde

und informiert über bevorstehende Termine:

- 27./28.09. Radtour Fürstenwalde und Sulechow nach Guben
- 03.10.2013 Tag der Deutschen Einheit
Oldtimerclub „Die Legende“ lädt zu einem Herbstfest ein
- 16.10.2013 Job-Börse RMg

TOP 7 Einwohnerfragestunde

Sascha Becker bezieht sich auf die Bürgerbeteiligung im Rahmen des Bürgerhaushalts. Der darin von ihm unterbreitete Vorschlag fand mit der Begründung, nicht haushaltsrelevant zu sein, keine Berücksichtigung. Er bittet nach Rücksprache mit Herrn Dr. Fehse um nochmalige Prüfung seines Anliegens und legt dar, dass eine aktive Bürgerbeteiligung (Bürgerplattform und deren Finanzierung) aus seiner Sicht sehr wohl haushaltsrelevant ist

Herr Jan Giesau fragt, wer denn Träger eines evtl. Hortneubaus sein wird.
Der BM antwortet, dass dies aus heutiger Sicht die Stadt sein wird.

Frau Leschinsky wünscht sich für die Plattform gegen Rechts mehr Unterstützung und mehr Teilhabe seitens der Verwaltung, der Fraktionen und Stadtverordneten. Sie berichtet ausführlich über die Tätigkeit und meint, nach und nach habe das Interesse der Kommunalpolitiker nachgelassen.

Thomas Fischer spricht die Anzahl der genehmigten und geplanten Solarfelder an. Er erkundigt sich, ob weitere Solarfelder in Planung sind und unterbreitet den Vorschlag zur Schaffung eines Bürgersolarparks.

Christian Dippe bedauert es sehr, dass der Sitzungsbeginn wieder auf 18.00 Uhr gelegt wurde. Er meint das widerspräche dem Wunsch nach einer größeren Bürgerbeteiligung, denn dadurch könnten viele Berufstätige nicht pünktlich zum Sitzungsbeginn erscheinen.
Außerdem bringt er sein Erstaunen zum Ausdruck, wie einmütig und einstimmig die meisten Beschlüsse durch die Stadtverordneten gefasst werden. Er wünschte sich, dass einzelne Themen doch kritischer hinterfragt und begleitet werden.

TOP 8 Behandlung der Tagesordnung des öffentlichen Teils der Sitzung

TOP 8.1 Verfahrensregelung zum SPD-Antrag vom 15.08.2013

Die Fraktionsvorsitzende, Abg. Wagner, erläutert noch einmal kurz den Antrag über einen zukünftigen Verfahrensablauf bei städtischen Investitionen.

Dem Antrag der SPD-Fraktion wird mit 19 Ja und 12 Gegenstimmen zugestimmt. Der Abg. Zänker erkundigt sich, wer die Verantwortung für die Erstellung einer entsprechenden Dienstanweisung übernimmt. Darauf antwortet der Bürgermeister, dass diese Verantwortung bei ihm liegt.

Zustimmung Ja 18 Nein 12 Enthaltung 0 Befangen 0

TOP 8.2 Antrag der FDP-Fraktion, hier: Veränderung Ortseingangsschilder

Von der FDP-Fraktion liegt der Antrag vor, mit einer Änderung der Ortseingangsschilder auch die Erweiterung um den Zusatz „Spree“ vorzunehmen, da es bislang auf den Schildern nur Fürstenwal-

de heißt.

Der Vorsitzende erläutert nochmals ausführlich, dass die Befragung zur Domstadt durchgeführt und mit einem deutlichen Ergebnis für eine Benennung mit dem Namenszusatz Domstadt abgeschlossen werden kann. Er spricht sich dafür aus, diese Bezeichnung nicht nur auf die Ortseingangsschilder zu beschränken, sondern jedermann die Möglichkeit zu geben, diese Bezeichnung für touristische und werbliche Zwecke zu nutzen.

Gegenteilige Auffassungen wurden durch die Stadtverordneten nicht geäußert, so dass darüber abgestimmt wurde, den nicht amtlichen Namenszusatz Domstadt einzuführen.

Zustimmung Ja 31 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

TOP 8.3 Antrag der Fraktion DIE LINKE., hier: Ehemalige Philharmonie, erinnern ermöglichen

Die Fraktion DIE LINKE spricht sich dafür aus, mit dem beauftragten Planer bzw. Architekten Varianten der Bebauung zu entwickeln, die es ermöglichen, Ansichten oder Fassadenelemente der alten Philharmonie zu erhalten und in das Neubauprojekt zu integrieren, um Erinnerungswertes zu erhalten und trotz allem den Neubau zu ermöglichen. Die Philharmonie war das größte von insgesamt vier Gesellschaftshäusern der Stadt und beherbergte beliebte Tanzveranstaltungen und Theatervorstellungen. Es war für das kulturelle Leben in der Stadt ein wichtiges Gebäude. Die Erinnerung an das „alte“ Fürstenwalde sollte wach gehalten werden.

Ablehnung Ja 15 Nein 16 Enthaltung 0 Befangen 0

TOP 8.4 Antrag der Fraktion DIE LINKE., hier: Sitzung der STVV als Livestream im Internet übertragen

Die Fraktion DIE LINKE. begründet diesen Antrag ausführlich. Er soll es den Bürgerinnen und Bürgern erleichtern, die Diskussionen der STVV und perspektivisch der Ausschüsse zu verfolgen. Der Abg. Jens Hoffrichter bittet den Aspekt des Datenschutzes und Ethikgrundsätze zu beachten. Der BM erklärt, dass er vorerst eine Kostenermittlung in Auftrag gibt. Der Antrag wird **einstimmig** angenommen.

Zustimmung Ja 31 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

TOP 8.5 Antrag der Fraktion DIE LINKE.hier: Beendigung der Verhandlung zum Trägerwechsel Oberschulen

Der Bürgermeister äußert zunächst Bedenken, dass dem Antrag eine Eilbedürftigkeit zugrunde liegt. Inhaltlich führt er aus, dass der STVV eine Bewertung des Beschlusses des Kreistages nicht obliegt und dass die Verhandlungen bezüglich der Oberschulen nicht beendet werden können, da keine geführt werden.

Der Fraktionsvorsitzende, Abg. Wende, verteidigt den Standpunkt seiner Fraktion und meint, es wurde mehrheitlich beschlossen, diesen Antrag auf die Tagesordnung zu setzen. Jetzt wolle man sich inhaltlich damit auseinandersetzen.

In der anschließenden Diskussion wird deutlich, dass zu dem Sachverhalt unterschiedliche Auffassungen bestehen. Abg. Hilke schlägt deshalb vor, über die 3 Beschlussvorschläge gesondert abzustimmen.

1. Die Stadtverordnetenversammlung wertet die Entscheidung des Kreistages vom 25.9.13 in der BV 038-2013 als klares Bekenntnis des Kreises, dass der Kreis nicht an der Übernahme

der Fürstenwalder Oberschulen interessiert ist.

Dieser Beschlussvorschlag wird **mehrheitlich abgelehnt**.

2. Die Stadtverordnetenversammlung beauftragt den Bürgermeister sofort die noch geplanten Verhandlungen zum Trägerwechsel einseitig zu beenden. Die Oberschulen bleiben bis auf Weiteres in Trägerschaft der Stadt Fürstenwalde/Spree.

Diesem Beschlussvorschlag wird mit **16 Ja und 15 Nein-Stimmen entsprochen**.

3. Die Stadtverordnetenversammlung beauftragt den Bürgermeister die im BV 038-2013 vorgestellte öffentlich-rechtliche Vereinbarung mit dem Landkreis zu unterzeichnen.

Dieser Beschlussvorschlag wird **mehrheitlich angenommen**.

TOP 8.6 Jahresabschluss 2012 - Stadtforst Fürstenwalde - Kommunaler Eigenbetrieb 5/606

Es besteht kein Erläuterungs- und Diskussionsbedarf.

Beschluss:

1. Die Stadtverordnetenversammlung stellt den geprüften Jahresabschluss 2012 fest:

Zustimmung: 31 Ja 0 Nein 0 Befangen 0 Enthaltungen

2. Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, dem Werkleiter für das Geschäftsjahr 2012 die Entlastung zu erteilen.

Zustimmung: 31 Ja 0 Nein 0 Befangen 0 Enthaltungen

3. Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, den Gewinn in Höhe von 224.353,35 € mit 112.176,67 € auf neue Rechnung vorzutragen sowie 112.176,68 € an die Stadt Fürstenwalde auszuschütten.

Zustimmung: 31 Ja 0 Nein 0 Befangen 0 Enthaltungen

4. Mit der Prüfung des Jahresabschlusses 2013 wird Herr Tom Wrangmore beauftragt.

Zustimmung: 31 Ja 0 Nein 0 Befangen 0 Enthaltungen

Zustimmung

TOP 8.7 Erhöhung des Zuschusses zum Fürstenwalder Frauenhaus 5/593

Es besteht kein Erläuterungs- und Diskussionsbedarf.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt eine Erhöhung des Zuschusses zum Fürstenwalder Frauenhaus um 3.383 € pro Jahr. Gleichzeitig wird die Verwaltung beauftragt, sowohl beim Land als auch beim Kreis eine Erhöhung der Mittel um jeweils 3.383 € einzufordern, damit die Lasten der Erhöhung zu gleichen Teilen verteilt werden und die Perspektive dieser sozialen Einrichtung langfristig gesichert ist.

Zustimmung Ja 31 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

TOP 8.8 Unterrichtung der Stadtverordnetenversammlung über den Schlussbericht der Rechnungsprüfung über die Prüfung des Jahresabschlusses 5/607

zum 31. Dezember 2011

Der Abg. Sachse bezieht sich auf den Schlussbericht (Seite 13) wo die Aussage getroffen wurde, dass sich das Anlagevermögen verringert. Dazu wurde die Empfehlung ausgesprochen, eine umfassendere Analyse zu erstellen. Er fragt, ob diese Analyse erstellt wird.

Der BM legt dar, dass bei gleichbleibender Entwicklung die Straßen nach der festgelegten Nutzungsdauer in der Regel zwar immer noch da sind, buchmäßig aber nur noch mit jeweils einem Erinnerungswert von 1 € in der Bilanz stehen. Es fallen dann aber auch keine Abschreibungen an, die das Jahresergebnis negativ beeinflussen. Die Entwicklung des Anlagevermögens und die daraus resultierenden Auswirkungen werden vom Rechnungsprüfungsamt demnächst schriftlich dargestellt.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt den Schlussbericht über die Prüfung des Jahresabschlusses zum 31. Dezember 2011 zur Kenntnis und schließt sich den darin enthaltenen Feststellungen an.

Zustimmung Ja 29 Nein 0 Enthaltung 2 Befangen 0

TOP 8.9 Beschluss über die Jahresrechnung 2011 gemäß § 82 der Brandenburgischen Kommunalverfassung 5/605

Beschluss:

1. Die Stadtverordnetenversammlung beschließt den geprüften Jahresabschluss 2011 gemäß Anlage.

Zustimmung: 29 Ja 0 Nein 2 Enthaltungen 0 Befangen

2. Die Stadtverordnetenversammlung entlastet den Bürgermeister für das Haushaltsjahr 2011.

Zustimmung: 28 Ja 0 Nein 3 Enthaltungen 0 Befangen

Zustimmung

TOP 8.10 Friedhofssatzung für die kommunalen Friedhöfe der Stadt Fürstenwalde/Spree 5/595

Beschluss:

Die der Drucksache beiliegende Friedhofssatzung für die kommunalen Friedhöfe der Stadt Fürstenwalde/Spree wird beschlossen.

Zustimmung Ja 31 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

TOP 8.11 Verfahrensweise zur Kostenerstattung für freie und private Träger von Kindertagesstätten gemäß § 16 (3) Kindertagesstättengesetz (KitaG) 5/596

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, dass künftig auf Antrag die Zuschüsse nach § 16 Abs. 3 des Kindertagesstättengesetzes (KitaG) an die Träger von Kindertagesstätten auch ohne den nach § 12 Abs. 3 Satz 2 KitaG geführten Nachweis ausgereicht werden. Dies gilt jeweils so lange, bis eine Entscheidung zur Aufnahme in die örtliche Bedarfsplanung getroffen und umgesetzt wird. Bei einer negativen Entscheidung des örtlichen Trägers der Kinder- und Jugendhilfe ist die Bezuschussung nach § 16 Abs. 3 KitaG umgehend zu beenden.

Zustimmung Ja 29 Nein 0 Enthaltung 2 Befangen 0

TOP 8.12 Deckung des erhöhten Betreuungsbedarfs im Hortbereich für die Gerhard-Goßmann-Grundschule 5/619

Der Abg. Petenati bittet, den Beschlussvorschlag um die Formulierung ... am Standort Heuweg/Gerhard-Goßmann-Grundschule zu erweitern. Der Beschluss lautet nun:

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beauftragt die Verwaltung mit der Errichtung eines Erweiterungsbaus für 90 Hortplätze für die Kita „Wirbelwind“ am Standort Heuweg/Gerhard-Goßmann-Grundschule. Es sind die notwendigen Grundlagen zu ermitteln und eine Vorplanung (Planungsphase 1 und 2 HOAI) vorzulegen.

Zustimmung mit Änderung Ja 31 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

TOP 8.13 Beschluss zur Bauausführung des Vorhabens "Schulwegsicherung / Elternhaltestellen am Schulstandort Rahnschule in der Eisenbahn- / Gartenstraße" 5/608

Beschluss:

Der Umsetzung der Maßnahmen zur Schulwegsicherung / Elternhaltestellen am Schulstandort Rahnschule gemäß der vorliegenden Ausführungsplanung wird zugestimmt.

Zustimmung Ja 31 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

**TOP 8.14 Vorhaben- und Erschließungsplan Nr. 06 "Autofocus" 5/609
hier: Beschluss der Satzung über die Aufhebung der Satzung des Vorhaben- und Erschließungsplans Nr. 06 "Autofocus" gemäß § 10 BauGB**

Beschluss:

1. Es wird zur Kenntnis genommen, dass während der Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 2 BauGB keine Stellungnahmen abgegeben wurden.
2. Es wird zur Kenntnis genommen, dass während der Beteiligung der Behörden und der sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB sowie der Abstimmung mit den Nachbargemeinden gemäß § 2 Abs. 2 BauGB Stellungnahmen eingegangen sind. Über die Stellungnahmen wird wie in der tabellarischen Anlage abwägend entschieden. Diese wird damit zum Protokoll der Abwägung.

3. Die Stadtverordnetenversammlung beschließt auf der Grundlage der §§ 3 und 28 Abs. 2 Ziff. 9 Kommunalverfassung des Landes Brandenburg (BbgKVerf) vom 18.12.2007 (GVBl. I S. 286), zuletzt geändert durch Gesetz vom 16.05.2013 (GVBl. I S. 17), in Verbindung mit § 10 Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.09.2004 (BGBl. I S. 2414), zuletzt geändert durch Gesetz vom 11.06.2013 (BGBl. I S. 1548), die Satzung über die Aufhebung der Satzung des Vorhaben- und Erschließungsplans Nr. 06 "Autofocus" in der Fassung der 4. Änderung, in Kraft getreten am 17. Mai 2001, für das Gebiet der Gemarkung Fürstenwalde/Spree: Flur 157, Flurstück 79 tw., Flur 162 Flurstücke 41, 47/10, 47/11, 47/12, 47/13, 47/16, 47/19, 81, 88, 111, 113, 114, 115, 116, 118, 119, 120, 122, 123, 156, 157, 158, 159, 162, 163, 230, 231, Flur 163, Flurstück 1, bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und den textlichen Festsetzungen (Teil B). Die Begründung (Teil C) wird gebilligt.

Zustimmung Ja 31 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

TOP 8.15 Bebauungsplan Nr. 61 "Bahnhofsumfeld Nord" hier: erneute Änderung des Geltungsbereiches; Umbenennung; Auslagebeschluss 5/611

Beschluss:

1. Die Stadtverordnetenversammlung beschließt gemäß § 2 Abs. 1 BauGB die erneute Änderung des Geltungsbereichs des sich in Aufstellung befindenden Bebauungsplans Nr. 61 "Bahnhofsumfeld Nord". Der Geltungsbereich umfasst durch die erneute Änderung das Flurstück 251 der Flur 83 und die Flurstücke 2 teilweise, 4/4, 4/6, 6 teilweise der Flur 95, Gemarkung Fürstenwalde/Spree.
2. Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, das Verfahren zum Bebauungsplan Nr. 61 "Bahnhofsumfeld Nord" zukünftig unter der Bezeichnung Bebauungsplan Nr. 61 "Verbrauchermarkt Trebuser Straße" fortzuführen.
3. Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, den Entwurf des Bebauungsplanes Nr. 61 „Verbrauchermarkt Trebuser Straße“ mit Begründung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB öffentlich auszulegen.

Zustimmung Ja 30 Nein 1 Enthaltung 0 Befangen 0

TOP 8.16 Bebauungsplan Nr. 84 "Nahversorgung an der Ernst-Thälmann-Straße" hier: Aufstellungsbeschluss 5/612

Beschluss:

1. Die Stadtverordnetenversammlung beschließt gemäß § 2 Abs. 1 BauGB die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 84 „Nahversorgung an der Ernst-Thälmann-Straße“ für das Gebiet der Flurstücke 2 teilweise, 4/7, 4/8, 5 teilweise, 6 teilweise, 421 und 422 der Flur 195, Gemarkung Fürstenwalde/Spree.
2. Der Bebauungsplan soll im beschleunigten Verfahren gemäß § 13a BauGB aufgestellt werden.

Zustimmung Ja 30 Nein 1 Enthaltung 0 Befangen 0

TOP 8.17 Bebauungsplan Nr. 85 "Wohnen am Martinigarten" hier: Aufstellungs- 5/613

beschluss

Beschluss:

3. Die Stadtverordnetenversammlung beschließt gemäß § 2 Abs. 1 BauGB die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 85 „Wohnen am Martinigarten“ für das Gebiet der Flurstücke 75, 115, 126 teilweise, 138, 140, 141, 142, 143, 144 und 145 der Flur 106, Gemarkung Fürstenwalde/Spree.
4. Der Bebauungsplan soll im beschleunigten Verfahren gemäß § 13a BauGB aufgestellt werden.

Zustimmung Ja 30 Nein 1 Enthaltung 0 Befangen 0

TOP 8.18 23. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Fürstenwalde/Spree (Solarpark Flugplatz II) hier: Auslagebeschluss 5/614

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, den Planentwurf der 23. FNP-Änderung mit Begründung und den wesentlichen, bereits vorliegenden umweltbezogenen Stellungnahmen aus der frühzeitigen Behördenbeteiligung mit Aussagen zu möglichen Auswirkungen auf Tiere, Pflanzen, die biologische Vielfalt, Boden, Wasser und den Menschen gemäß § 3 Abs. 2 und § 4a BauGB öffentlich auszulegen.

Zustimmung Ja 28 Nein 2 Enthaltung 1 Befangen 0

TOP 8.19 Sicherung der Finanzierung des Projektes "Sonnengrundschule / Inklusive Schule" 5/616

Abg. Wagner betont, dass ihre Fraktion die Finanzierung des Investitionsvorhabens zulasten der Theodor-Fontane-Schule ablehnt. Sie bittet, eine andere Finanzierungsquelle zu finden und die Formulierung aus dem Beschlussvorschlag zu streichen.

Der komm. FBL Herr Tschepe bringt nochmals die Hoffnung zum Ausdruck, für den Mehrbedarf zusätzliche EFRE-Mittel in Anspruch nehmen zu können. Das Land hat jedenfalls signalisiert, die Stadt hierbei nach Möglichkeit zu unterstützen.

Der Beschlussvorschlag wird um die Formulierung ... Dies erfolgt zulasten des Haushaltsansatzes 2014 für die investive Maßnahme Nr. 461 PRO1 01002 „Theodor-Fontane-Schule“ reduziert und lautet:

Beschluss:

Gemäß § 5 (3) der Haushaltssatzung 2013 der Stadt Fürstenwalde/Spree beschließt die Stadtverordnetenversammlung die Gesamtausgaben für die Sonnengrundschule (Maßnahme-Nr. 461 PRO 501001) von 1.284.000 € um 216.000 € auf die Gesamtinvestitionshöhe von 1.500.000 € zu erhöhen.

Zustimmung Ja 30 Nein 0 Enthaltungen 1 Befangen 0

Zustimmung mit Änderung Ja 30 Nein 0 Enthaltung 1 Befangen 0

TOP 8.20 Bebauungsplan Nr. 86 "Verkehrsfläche Melanchthonstraße" 5/617
hier: Aufstellungsbeschluss gemäß § 2 Abs. 1 BauGB

Beschluss:

1. Die Stadtverordnetenversammlung beschließt gemäß § 2 Abs. 1 BauGB die Aufstellung des Bebauungsplans Nr. 86 "Verkehrsfläche Melanchthonstraße" für das Gebiet Flur 95, Flurstücke 284, 285, 286, 287, 288, 289, Gemarkung Fürstenwalde.

Zustimmung Ja 31 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

TOP 9 Informationen der Verwaltung

Es liegen keine Informationen der Verwaltung vor.

TOP 10 Behandlung von Anfragen von Mitgliedern der Stadtverordnetenversammlung

Abg. Radom bittet um Auskunft, wann die Zuschüsse für die freie Wohlfahrtspflege in Vorbereitung auf die Haushaltsplanung zur Verfügung gestellt und beraten werden.

Die Vorsitzende des Fachausschusses für Kultur, Soziales und Gleichstellungsfragen, Abg. Wagner, berichtet, dass die Einbringung in der Ausschusssitzung am 17.10.2013 erfolgt.

Der Abg. Petenati bedauert den Umzug des Finanzamtes sehr. Er fragt, ob auch auf Landesebene alles unternommen wurde, um die Schließung des Fürstenwalder Standortes zu verhindern.

Abg. Alter versichert, dass alles notwendige unternommen und ausführlich beraten wurde, bevor die Entscheidung für Frankfurt (Oder) fiel. Letztlich waren auch die Kosten ein Grund dafür, dass sich das Finanzministerium veranlasst sah, eine Zusammenlegung der Finanzämter vorzunehmen. Für den Fürstenwalder Standort ist der Erhalt einer Service- und Anlaufstelle vorgesehen.

Abg. Wende fragt, ob die BPläne für die Lindenstraße noch einmal überprüft werden. Die Verwaltung weist darauf hin, dass über den BPlan keine Nutzungsverpflichtung festgelegt werden kann.

Die Abg. Fiedler erinnert an das Integrationskonzept bzw. einen Integrationsbericht zum November 2013.

Abg. Fiedler bittet um Informationen zum Stand des Vertrages zwischen Ortsbeirat und Stadt zum Trebuser Jugendfreizeitzentrum.

Abg. Sachse bittet das Thema Barrierefreiheit ernst zu nehmen. Er war zur Bundestagswahl im WB 08 im Einsatz, und dieses Wahllokal war nicht barrierefrei zugänglich, obwohl es in den Wahlbenachrichtigungen als solches ausgewiesen war (der vorhandene Fahrstuhl war nicht in Betrieb). Dieser Sachverhalt traf auch auf das Wahllokal 09 im gleichen Haus zu.

Abg. Lothar Hoffrichter bittet in der nächsten STVV die Auswirkungen/Kosten für das Rathaus zu thematisieren.

Abg. Alter berichtet über den schlechten baulichen Zustand der Hegelstraße.

Der komm. FBL Stadtentwicklung, Herr Tschepe, erinnert, dass es sich bei der Hegelstraße um eine

Landesstraße handelt, für die das Landesamt für Straßenwesen zuständig ist. Die Stadt hat hier bereits mehrmals die Hinweise der Stadtverordneten weitergegeben und sich unterstützend für die Belange der Anwohner eingesetzt.

TOP 11 Beendigung des öffentlichen Teils der Sitzung

Jürgen Teichmann

Franka Koch

Vorsitzender

Schriftführerin